

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 23. Februar 2026; Bericht

Am 23. Februar 2026 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Aggression gegen die Ukraine sowie die Lage im Nahen Osten. Im Rahmen des RAB fanden weiters ein Arbeitsmittagessen mit dem Hohen Vertreter für Gaza, Nickolay Mladenov, sowie ein informelles Arbeitsfrühstück zu ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung (FIMI) statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas verwies einleitend auf das informelle Arbeitsfrühstück zu FIMI, ersuchte die Mitgliedstaaten um Mitwirkung an der Werbung für die von der Ukraine angestrebte Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VNGV) für den 24. Februar 2026 und erinnerte an das Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Europäischen Union (EU) mit Nigeria am 23. März 2026 in Abuja, wobei eine Teilnahme der Mitgliedstaaten ausdrücklich angeregt wurde. In weiterer Folge sprach HV/VP Kallas die in Ausarbeitung befindliche neue europäische Sicherheitsstrategie an. Diese werde auf einer Bedrohungsanalyse aufbauen und darauf abzielen, die Aktivitäten der EU mit ihren wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zielen zu verknüpfen. Die Einbeziehung der Mitgliedstaaten sei dabei entscheidend. Es seien Diskussionen auf unterschiedlichen Ebenen geplant und ein umfassender Input der Mitgliedstaaten (z.B. in Form von Non-Papers) werde begrüßt. An den nächsten Schritten werde gemeinsam mit der Europäischen Kommission (EK) gearbeitet.

Im Rahmen der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine dankte der per Videokonferenz zugeschaltete ukrainische Außenminister Andrii Sybiha den Mitgliedstaaten für ihre anhaltende Unterstützung. Ziel müsse sein, den Krieg so rasch wie möglich zu beenden. Die militärische Lage der Ukraine sei schwierig, allerdings gelängen Russland keine strategischen Durchbrüche. Das Narrativ, Russland gewinne den Krieg, sei Propaganda. Zur Frage des Öltransports durch die Druschba-Pipeline wurde auf einen

russischen Angriff vom 27. Jänner 2026 verwiesen, die Reparaturarbeiten liefen derzeit noch. Die Ukraine sei weiterhin für einen Waffenstillstand, für ein Treffen der Präsidenten sowie für die Abhaltung von Wahlen bereit – vorausgesetzt, die dafür notwendige Sicherheit könne gewährleistet werden. Zudem lege Kyjiw realistische Vorschläge zur Zukunft des Donbass sowie zum Kernkraftwerk Saporischschja vor. Eine weitere Gesprächsrunde werde voraussichtlich noch in dieser Woche stattfinden. Sicherheitsgarantien müssten jedoch vor dem Abschluss eines Friedensabkommens finalisiert werden.

HV/VP Kallas verwies darauf, dass Russland an seinen Maximalforderungen festhalte und die EU für den Mangel an Fortschritten in den Friedensgesprächen beschuldige. Die EU müsse sich diesem Narrativ entgegenstellen und in den Verhandlungen die Position der Ukraine stärken. Es müsse darüber beraten werden, welche Forderungen im Interesse der europäischen Sicherheit an Russland gestellt werden sollten. Die EU müsse sich für ein nachhaltiges Verhandlungsergebnis einsetzen und entsprechend darauf vorbereitet sein. Die EU-Kommissarin (KM) für humanitäre Hilfe und Krisenschutz, Hadja Lahbib, informierte über die EU-Unterstützung für die Ukraine, insbesondere im Energiebereich. Zudem erläuterte sie den geplanten sogenannten Prosperitätsrahmen sowie den Stand des EU-Erweiterungsprozesses.

Zahlreiche Mitgliedstaaten hoben anlässlich des vierten Jahrestages des Beginns des russischen Angriffskrieges die ukrainische Resilienz hervor und bekannten sich zur weiteren Unterstützung der Ukraine. Zwei Mitgliedstaaten widersprachen der ukrainischen Darstellung zur Druschba-Pipeline. Ein Mitgliedstaat bekräftigte seine Position, wonach eine Zustimmung zum 20. Sanktionspaket sowie zur Änderung der Verordnung über den mehrjährigen Finanzrahmen im Zusammenhang mit dem vom Europäischen Rat im Dezember 2025 beschlossenen Unterstützungsdarlehen für die Ukraine an die Bedingung der Wiederaufnahme der Öllieferungen geknüpft sei. Mehrere Mitgliedstaaten kritisierten diese Blockade. Darüber hinaus sprachen sich mehrere Mitgliedstaaten für eine Diskussion über die Herangehensweise der EU an Verhandlungen sowie über pragmatische Kontakte mit Russland aus.

Ich berichtete von meinem rezenten Besuch in Kyjiw. Für die EU stelle der 24. Februar 2026 eine Gelegenheit dar, auf die beeindruckenden einstimmigen Entscheidungen der letzten vier Jahre hinzuweisen und Einigkeit sowie Stärke zu zeigen. Weitere Unterstützung für die Ukraine sowie zusätzlicher Druck auf Russland blieben notwendig. Die Ukraine sei zu schmerzhaften Kompromissen bereit, benötige dafür jedoch Sicherheitsgarantien. Die Blockade wichtiger Entscheidungen schwäche zugleich auch die EU. Für ein Ende des russischen Angriffskrieges sei gerade jetzt ein globales Engagement wichtig. Ich betonte die Notwendigkeit konkreter Vorschläge, um die Einbeziehung internationaler Organisationen – etwa der Internationalen Atomenergie-Organisation

(IAEO), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie den Vereinten Nationen – in den Friedensprozess sicherzustellen. Es sei an der Zeit, die Herangehensweise der EU an die Verhandlungen eingehend zu diskutieren, etwa durch den Einsatz einer Chefverhandlerin oder eines Chefverhandlers der EU. Ich schlug vor, die EU-Erweiterung als geostrategisches Instrument zu diskutieren, inklusive der Nutzung der aktuellen Dynamik auch für den Westbalkan.

Im Rahmen der Diskussion zur Lage im Nahen Osten informierte der Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), Alexander De Croo, zu seiner Reise in die Region. Die humanitäre Situation in Gaza habe sich kaum gebessert. Die Aufweichung der Dual-Use-Einschränkungen für humanitäre Lieferungen sei zentral. UNDP sei bereit, mit dem Friedensrat (Board of Peace) zusammenzuarbeiten, sofern Prinzipien wie der Respekt der Besitzverhältnisse in Gaza sowie die Resolution 2803 (2025) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (VNSR) eingehalten würden.

In der anschließenden EU-internen Diskussion verurteilte HV/VP Kallas die Entscheidung des israelischen Sicherheitskabinetts, die Kontrolle über das Westjordanland auszuweiten; dies verletze die Oslo-Abkommen. In Bezug auf den Iran wurde betont, dass ein weiterer Krieg in der Region in niemandes Interesse liege. Hinsichtlich Syriens verlaufe die Implementierung des Abkommens zwischen den kurdischen Demokratischen Kräften Syriens (SDF) und der syrischen Übergangsregierung positiv. Der hochrangige politische Dialog mit dem syrischen Außenminister solle am Rande des RAB im Mai 2026 stattfinden und biete einen Rahmen, um Erwartungen an die syrische Übergangsregierung zu kommunizieren. KM für das Mittelmeer, Dubravka Šuica, betonte, dass eine pragmatische Zusammenarbeit mit dem Friedensrat notwendig sei. Zu Syrien solle die nächste Syrien-Wiederaufbaukonferenz am Rande eines späteren RAB stattfinden. KM Lahbib erklärte, dass die erste Phase des Friedensplans für Gaza weiterhin nicht vollständig umgesetzt sei.

Ich verurteilte die Entscheidungen des israelischen Sicherheitskabinetts zum Westjordanland. Hinsichtlich Syriens solle eine mögliche neue Geberkonferenz gemeinsam mit den gleichgesinnten Golfstaaten organisiert werden. Der Schutz aller Gemeinschaften in Syrien, inklusive der Kurdinnen und Kurden, solle im Zentrum des EU-Engagements stehen. Einige Mitgliedstaaten kritisierten die Teilnahme von KM Šuica beim Treffen des Friedensrates am 19. Februar 2026 in Washington DC. Mehrere Mitgliedstaaten forderten, den Fokus des Friedensrates strikt auf Gaza entsprechend der VNSR-Resolution 2803 zu beschränken. Zahlreiche Mitgliedstaaten verurteilten zudem die israelische Entscheidung zur Landregistrierung im Westjordanland.

Im Rahmen des Arbeitsmittagessens mit dem Hohen Vertreter (HV) für Gaza, Nickolay Mladenov, bedankte sich dieser für die Teilnahme von KM Šuica beim Treffen des Friedensrates. Die VNSR-Resolution 2803 (2025) sei die einzige rechtliche Basis für die

Aktivitäten des Friedensrates, des Exekutivkomitees sowie des Nationalen Ausschusses für die Verwaltung von Gaza (NCAG). Der NCAG stehe konzeptuell an der Spitze dieser Struktur und sei das Zentralorgan für den Gaza-Friedensplan. Andere Organe wie das Exekutivkomitee dienen der Unterstützung des NCAG. Die Resolution lege fest, dass sich die Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF) aus der sogenannten „grünen Zone“ erst zurückziehen, nachdem die vollständige Entwaffnung der Hamas erfolgt ist. Als nächste Schritte seien die Übernahme des Gazastreifens durch den NCAG, die Einrichtung neuer unabhängiger Polizeikräfte, die Verbesserung der humanitären Lage (Aufweichung der Dual-Use-Einschränkungen), das Ende der Verletzungen des Waffenstillstands, die Übergabe der Waffen sowie die Auflösung militanter Gruppen vorgesehen. Am Ende dieses Prozesses soll die Kontrolle über Gaza an eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde übergeben werden. Die EU müsse unterstreichen, dass es zu diesem Ansatz keine tragfähige Alternative gebe. Dies sei essentiell, um sowohl einen Rückfall in eine zweite Phase des Krieges als auch eine Fortsetzung des Status quo zu verhindern. Eine strukturierte Zusammenarbeit mit der EU, beispielsweise über das Zivil-Militärische Koordinierungszentrum (CMCC), an dessen Sitz auch HV Mladenov tätig sein wird, erscheine daher empfehlenswert.

Ich äußerte volle Unterstützung für den 20-Punkte-Friedensplan und die VNSR-Resolution 2803. Österreich sei bereit, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zum Erfolg dieses Friedensplans beizutragen. Die EU müsse daher strukturell in den Friedensplan integriert werden.

Im Rahmen des Arbeitsfrühstücks zu FIMI betonte HV/VP Kallas, dass angesichts der substantiellen Bedrohung durch FIMI ein rein defensives Vorgehen der EU nicht mehr ausreiche. Die EU müsse gegenüber ihren Gegnern offensiver auftreten. Beim Rat für Allgemeine Angelegenheiten (RAA) am 24. Februar 2026 werde das Zentrum für demokratische Resilienz unter dem Europäischen Schutzschild für die Demokratie lanciert. Letzteres soll eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), der EK und den Mitgliedstaaten zur Stärkung der demokratischen Resilienz ermöglichen. HV/VP Kallas schlug hierzu folgende Maßnahmen vor: (1) eine raschere gemeinsame Reaktion auf FIMI-Vorfälle, (2) die Ausweitung der Fähigkeiten der EU-Delegationen und -Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zum Umgang mit FIMI, (3) die Stärkung der Wirksamkeit von Anti-FIMI-Maßnahmen sowie (4) eine intensivere Kooperation mit Partnern. Zur Stärkung der proaktiven strategischen Kommunikation der EU habe der EAD eine Kommunikations- und Outreach-Strategie (2026-2029) ausgearbeitet, die gemeinsam mit den Mitgliedstaaten umgesetzt werden soll. Ziel sei es auch, verstärkt in die Informationsräume der Gegner einzudringen. Im Rahmen der Diskussion betonten die Mitgliedstaaten die zunehmende Bedrohung durch FIMI, insbesondere im Hinblick auf

bevorstehende Wahlen, und sprachen sich für ein proaktiveres und stärker koordiniertes Vorgehen der EU sowie für eine Stärkung der strategischen EU-Kommunikation aus.

Unter Sonstige Angelegenheiten nutzte ich die Gelegenheit, die Mitgliedstaaten über die wichtigsten Ergebnisse der rezenten Konferenz „Frauen, Frieden und Sicherheit“, die am 9. und 10. Februar 2026 anlässlich des 25. Jahrestages der Annahme der VNSR-Resolution 1325 in Wien stattfand, zu informieren.

Ich stelle den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

9. April 2026

Mag.^a Beate Meinel-Reisinger, MES
Bundesministerin